

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

5.10.1932 (No. 233)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Krenb, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigenpreis: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Reichstagswahl — Wahlvorschläge

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: \*\* Eine besondere amtliche Aufforderung zur Einreichung von Kreis- und Reichswahlvorschlägen sowie zur Abgabe von Verbindungs- und Anschließerkklärungen ist nicht vorgeschrieben und auch nicht zu erwarten.

Die Kreiswahlvorschläge für die am 6. November 1932 stattfindende Neuwahl des Reichstags müssen spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag (also spätestens am 20. Oktober 1932) bei dem Kreiswahlleiter des 32. Wahlkreises Baden (Anschrift: Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises im Ministerium des Innern in Karlsruhe) eingereicht sein.

Die Reichswahlvorschläge spätestens am 14. Tage vor dem Wahltag (also spätestens am 23. Oktober 1932) bei dem Reichswahlleiter in Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber der Reihe nach mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Außerdem soll in den Wahlvorschlägen die Partei der Bewerber angegeben werden. Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Kreiswahlleiter und dem Reichswahlkreisamt des Wahlkreises, bei Reichswahlvorschlägen dem Reichswahlleiter und dem Reichswahlkreisamt des Reichswahlkreises, die Wahlvorschläge abzugeben. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Die Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens 500 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbindet, oder der sich dem gleichen Reichswahlvorschlag anschließen will. Für die Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, kann unterstellt werden, daß ein von ihnen in einem Wahlkreis eingereichter Wahlvorschlag die Unterstützung von 500 Wählern findet, vorausgesetzt, daß kein Antrag vorliegt, an der Jugendfähigkeit der Einreicher eines Wahlvorschlags zu derjenigen Parteiorganisation zu zweifeln, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten war. Bei solchen Wahlvorschlägen genügt die Unterzeichnung durch 20 Wähler. Das gleiche gilt, wenn die Unterzeichner eines Kreiswahlvorschlags erklären, daß ihr Wahlvorschlag dem Reichswahlvorschlag einer bisher schon im Reichstag vertretenen Partei angeschlossen wird.

Die Reichswahlvorschläge müssen von mindestens 20 Wählern beliebiger Wahlkreise unterzeichnet sein.

Die Unterzeichner sämtlicher Wahlvorschläge sollen auch Name, Stand, Wohnort und Wohnung beifügen. Ihre Unterschriften müssen leserlich und eigenhändig erfolgt sein. Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

1. Die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen.
2. Die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Bewerber am Wahltag a) das 25. Lebensjahr vollendet haben, b) seit mindestens einem Jahr Reichsangehörige und c) vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.
3. Die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in die Stimmliste oder Stimmliste eingetragen oder mit einem Stimmschein versehen worden sind.

Die Bescheinigungen sind gebührenfrei auszustellen. Zur Vermeidung von Rückfragen und Anständen wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Bescheinigung der Gemeindebehörde nach Ziffer 2 den Stempel der Gemeinde tragen muß. Ein Stempel des Wahlamts oder einer sonstigen mit den Wahlarbeiten beauftragten Stelle der Gemeindeverwaltung genügt für diese Bescheinigung nicht.

Innerhalb des XVI. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden können mehrere Kreiswahlvorschläge verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Vorschläge demselben oder keinem Reichswahlvorschlag angeschlossen werden.

Die Verbindung von Kreiswahlvorschlägen muß von den auf diesen Vorschlägen bezeichneten Vertrauensleuten oder ihren Stellvertretern übereinstimmend spätestens am 12. Tag vor dem Wahltag (d. i. spätestens am 25. Oktober 1932) bei dem Verbandswahlleiter für den XVI. Wahlkreisverband Württemberg-Baden im Württembergischen Ministerium des Innern in Stuttgart schriftlich erklärt werden (Verbindungs-Erklärung).

Für einen Kreiswahlvorschlag kann der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter erklären, daß die Bestimmungen des Kreiswahlvorschlags einem Reichswahlvorschlag zugerechnet sind (Anschließerkklärung). Die Anschließerkklärung muß von dem Vertrauensmann des Kreiswahlvorschlags oder seinem Stellvertreter spätestens am 8. Tage vor dem Wahltag (d. i. spätestens am 20. Oktober 1932) bei dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises eingereicht sein. Wird eine Anschließerkklärung nicht abgegeben, so werden die auf einen Kreiswahlvorschlag entfallenden Bestimmungen nicht berücksichtigt.

Die Fristen für die Einreichung von Wahlvorschlägen, Verbindungs- und Anschließerkklärungen sind Anschließerkklärungen, Wahlvorschläge oder Verbindungen, die zu spät eingereicht oder erklärt sind, können daher nicht zugelassen werden.

Wegen der Abgabe telegraphischer Erklärungen wird auf § 20 des Reichswahlgesetzes verwiesen.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und den Gemeinden zur Weitergabe an die Abstimmungsstellen überwiesen. Der Stimmzettel wird als Einheitsstimmzettel ge-

### Letzte Nachrichten

#### Die geplante Londoner Konferenz Die deutsche Stellungnahme zur englischen Einladung

BRN, Berlin, 5. Okt. (Priv.-Tel.) Die wir von unterrichteter Seite zu der gestern überreichten Einladung durch den englischen Geschäftsträger zu einer Konferenz in London erfahren, ist bisher deutscherseits eine Antwort darauf nicht erteilt worden. Dies war schon deshalb nicht möglich, weil sich das Reichskabinett noch nicht mit der Frage beschäftigt und noch keinen Beschluß gefaßt hat. Bisher hat sich lediglich an die Überreichung der Einladung die in solchen Fällen übliche Besprechung mit dem überreichenden Diplomaten angeschlossen.

Wenn im Zusammenhang mit der Einladung nach London in einem Berliner Blatt davon die Rede ist, daß Deutschland auch für diese Konferenz nicht mindere Garantien verlangen müsse als für die Wiederbetätigung an den Genfer Verhandlungen, so geht diese Ansicht insofern an dem Kern der Dinge etwas vorbei, als ja doch die Londoner Konferenz erst die Klärung darüber bringen soll, ob unsere Bedingungen und Forderungen für eine Wiederbetätigung an den Genfer Abrüstungsverhandlungen erfüllt werden. Deutschland muß lediglich verlangen, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen in London, die ja nach der englischen Absicht an die Besprechungen des vergangenen Sommers anknüpfen sollen, auf einem anderen Boden stehen, als er in der französischen und englischen Antwortnote zu der deutschen Denkschrift zum Ausdruck kommt.

Deutschland verlangt also lediglich Sicherheiten für seine Beteiligung in London, wo ja die Frage der Gleichberechtigung erst erörtert werden soll. Es muß für Deutschland vorausgesetzt sein, daß eindeutig das Thema der Londoner Konferenz festgelegt wird. Würden die Verhandlungen tatsächlich an die englische und französische Note anknüpfen, so würde die insbesondere in der englischen Note enthaltene Verbundung der Gleichberechtigungsfrage auch bei den Londoner Verhandlungen zutage treten.

Im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Londoner Einladung ist in der Öffentlichkeit auch davon die Rede, daß anscheinend von Frankreich aus eine Beteiligung weiterer Staaten gefordert sein soll. Der englische Geschäftsträger hat bei der gestrigen Überreichung der Einladung von einer solchen Ausdehnung der Konferenz über Deutschland, Frankreich, England, Amerika und Italien hinaus nichts mitgeteilt. Eine Beteiligung weiterer Staaten wäre für Deutschland kein absolutes Hindernis. Es müßte dann nur festgestellt werden, daß sich dadurch das Thema der Konferenz verschieben würde. Schon aus diesem Grunde muß Deutschland über die Aufgabe der Londoner Konferenz schon vorher Klarheit verlangen. Eine Konferenz, an der außer den erwähnten fünf Mächten etwa noch Polen, Belgien oder die Tschechei beteiligt wäre, würde nicht mehr lediglich eine Besprechung der Gleichberechtigungsfrage sein können, sondern müßte dann das ganze Abrüstungsproblem ansprechen, und damit wäre die Londoner Konferenz sozusagen eine kleine Abrüstungskonferenz.

Ein Amtliches Londoner Kommuniqué besagt: „Die britische Regierung hat sich mit den Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Italiens in Verbindung gesetzt, um sich zu vergewissern, daß die durch das Fernbleiben Deutschlands an der Abrüstungskonferenz hervorgerufenen Schwierigkeiten zum Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen ihnen gemacht werden können. Die Frage wird noch erörtern, aber die britische Regierung gab zu verstehen, daß sie, wenn dieses Verfahren möglich ist, und allgemein gebilligt wird, bereit wäre, eine Konferenz zu diesem Zwecke in London zu veranstalten.“

#### Die Strafanzeige im „Angriff“-Prozess

BRN, Berlin, 5. Okt. (Priv.-Tel.) Im Prozeß gegen die verantwortlichen Redakteure des „Angriff“ wegen Verleumdung des bisherigen Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weß und des früheren Polizeipräsidenten Grzesinski beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Burckhardt gegen den verantwortlichen Lokalredakteur Krause eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und gegen den verantwortlichen politischen Redakteur Dr. Lippert eine Geldstrafe von 1500 RM.

Wünschenswertenfalls hat dem Reichspräsidenten zu seinem 85. Geburtstag durch den apostolischen Nuntius in Berlin seine besten Glück- und Segenswünsche übermittelt.

fertig und enthält alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge unter Angabe der Partei und Hinzufügung der Namen je der ersten vier Bewerber. Für die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge auf dem Stimmzettel gelten folgende Grundätze:

Kreiswahlvorschläge, die einem Reichswahlvorschlag angeschlossen sind, erhalten die Nummer dieses Reichswahlvorschlags. Die anderen Kreiswahlvorschläge erhalten die an die höchste Nummer der Reichswahlvorschläge anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie sie beim Kreiswahlleiter eingehen.

Die Abstimmung erfolgt in der Weise, daß der Wähler auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlvorschlag kennzeichnet, dem er seine Stimme geben will.

### \* Die Rechtsparteien im Wahlkampf

In den letzten Wochen haben in verschiedenen Orten des deutschen Reiches Wahlen von lokaler Bedeutung stattgefunden. Man hat das Ergebnis dieser Wahlen mit besonderem Interesse betrachtet, weil es bis zu einem gewissen Grade Rückschlüsse gestattet auf die Stimmung der Bevölkerung. Ist diese Stimmung noch dieselbe wie vor der Reichstagswahl des 31. Juli, oder hat sie sich geändert?

Sie hat sich zweifellos geändert! So muß, wenn man die Ergebnisse dieser örtlichen Wahlen seinem Urteil zugrunde legt, die Antwort lauten. Und zwar wirkt sich diese Änderung dahin aus, daß die Sozialdemokratie weiterhin verliert, der Kommunismus gewinnt, der Nationalsozialismus verliert, und die bürgerliche Rechte gewinnt. Gleichzeitig macht sich eine starke Wahlmüdigkeit bemerkbar.

Die weitere Frage ist nun die: kommt der Verlust bei den Sozialdemokraten unvermindert dem Kommunismus zugute, und laufen auf der rechten die dem Nationalsozialismus untreu gewordenen Wähler geschloffen zu den bürgerlichen Nachbarparteien hinüber? Nach dem Ergebnis jener örtlichen Wahlen der letzten Zeit scheint es so zu sein, daß unter Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung die Gewinn- und Verlustrechnung auf der linken ungefähr balanciert. Ganz anders aber ist es auf der rechten. Dort ergibt sich unter allen Umständen nicht nur ein Verlust für die Nationalsozialistische Partei, sondern auch ein Verlust für die Rechte schlechthin. Würde bei der kommenden Reichstagswahl so gewählt werden, wie es in den letzten Wochen zu beobachten war, dann würden einzig und allein die Kommunisten die fröhlichen Gewinner sein.

Zimmerhin möchten wir als vorsichtige Politiker heute eine solche Prognose noch nicht aufstellen. Denn bei örtlichen Wahlen sprechen immer allerlei Stimmungen und Motive mit, die mit der Reichspolitik nichts zu tun haben. Ferner ist der Wahlkampf noch gar nicht in sein entscheidendes Stadium eingetreten; es kann sich also noch manches in der Stimmung der Wähler wieder ändern. Und schließlich ist ein Beobachtungsmaterial von 4 oder 5 Wahlen von örtlicher Bedeutung doch nicht ausreichend genug, um eine Prognose zuverlässig stützen zu können.

Tatsache ist, daß sich an der ganzen Wahlfront die beiden Parteien der Rechten, Nationalsozialisten und Deutschnationale (zuzüglich der Deutschen Volkspartei) mit einer Leidenschaft bekämpfen, die man in den Tagen von Sarajewo für unmöglich gehalten hätte. Wenn man die nationalsozialistische Literatur studiert, stößt man immer wieder auf den Satz, daß der letzte Kampf der Hitlerbewegung zwischen Nationalsozialismus und Nationalkapitalismus“ ausgetragen werden wird. Man könnte also meinen, daß das, was wir in diesem Wahlkampf auf der rechten erleben, nichts anderes sei, als die Austragung dieses Kampfes.

Sicherlich kann man die Dinge so betrachten. Ob sich die Führung der NSDAP. aber diesen Entscheidungskampf so gedacht hat, wie er nun in Wirklichkeit ist, das ist eine andere Frage. Denn die Position ist zweifellos für den Nationalsozialismus — gerade im Hinblick auf eine Entscheidungsschlacht gesehen —, wohl nicht sonderlich günstig.

Zunächst einmal befindet sich der ganze Staatsapparat im Reich und in Preußen gerade in den Händen von Repräsentanten der Rechtspartei, die vom Nationalsozialismus bekämpft wird. Wenn man sich schon die schlagwortmäßige Gegenüberstellung von „Nationalsozialismus und Nationalkapitalismus“ zu eigen macht, dann ist sicherlich das Kabinett von Papen ein „nationalkapitalistisches“ Kabinett. Dieses Kabinett aber ist gleichzeitig aufs engste verbunden mit der Person des Reichspräsidenten. Die stärkste Autorität also, die wir zur Zeit überhaupt in Deutschland haben, steht — zum mindesten einstweilen — auf Seiten dieses Kabinetts.

Das Schlimmste für die Nationalsozialisten aber ist, daß sie ihren Wählern in diesem Wahlkampf nicht mehr das selbe versprechen können wie früher. Denn einen großen Teil der nationalsozialistischen Forderungen hat ja das Kabinett von Papen bereits erfüllt. Die NS. ist wieder hergestellt, die Diskriminierung der Nationalsozialisten ist aufgehoben, das „marxistische Regiment im

Preußen" ist beseitigt, und auch sonst zögert man in Berlin nicht, den "Marxismus" überall dort anzugreifen, wo dies nur irgend angängig ist. Nicht erfüllt hat das Kabinett von Papen die rein machtpolitischen Forderungen des Nationalsozialismus, soweit sie sich auf die Befreiung der wichtigsten Staatsämter beziehen, und nicht erfüllt hat das Kabinett die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen des nationalsozialistischen Programms. Und das ist auch ganz natürlich, weil eben gerade hier zwischen den Auffassungen der deutschnationalen Rechten und der Nationalsozialisten eine schwer überbrückbare Kluft besteht.

Der Nationalsozialismus zieht also in den Wahlkampf mit einer Agitation, die das Sozialistische seines Programms besonders stark betont. Es versteht sich ganz von selbst, daß eine solche Betonung diejenigen Kreise des kapitalistisch orientierten Bürgertums, die ihm noch vor einigen Monaten zufrönten, irritieren muß. Wenn kürzlich der nationalsozialistische Führer Goerigk ganz offen gesagt hat, man rechne bei der kommenden Wahl mit einem Verlust von mehreren hunderttausend Stimmen, dann denkt er sicherlich dabei an diese Schichten bürgerlicher Wähler, die dem Nationalsozialismus den Rücken kehren. Die Frage ist nur die, ob die Abwanderung lediglich einige Hunderttausend oder womöglich viel mehr umfassen wird.

Durch diese ganze Entwicklung ist die Nationalsozialistische Partei andererseits wieder behindert in ihrem Kampf gegen die sog. Weimarer Parteien. Denn auch hier gibt es eigentlich kein richtiges Angriffsobjekt mehr. Die Sozialdemokratie hat ihre Rolle im Reich und in Preußen ohnehin ausgespielt. Und die wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen des nationalsozialistischen Programms sind ja so beschaffen, daß sie sich in mancherlei, sehr wichtigen Punkten von denen der Sozialdemokratie gar nicht unterscheiden. Nur so ist es zu erklären, daß der sozialdemokratische Führer Lobe den Nationalsozialisten ein offenes Bündnisangebot machen konnte.

Für die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ist die Situation wohlwollender als zweifellos im ganzen etwas besser. Man wird mit dem, was bisher das Kabinett von Papen geleistet hat, in den Kreisen der Wähler, die für diese Partei in Betracht kommen, Beifall finden bzw. schon gefunden haben. Und die Zusammenarbeit bei den Nationalsozialisten kommt den Deutschnationalen zugute. Allerdings nur bis zu einer gewissen Grenze. Ziffernmäßig ist eben die Schicht der nationalkapitalistisch eingestellten Wähler nicht sonderlich groß. Daran denkt wohl niemand bei den Deutschnationalen, daß sie am 6. November einen Massenerfolg haben könnten.

Bei alledem darf man auch nicht die Kennzeichen der Wahlmüdigkeit und der Wahlverbitterung übersehen. Tausende und Abertausende von Wählern, die innerlich auf der Rechten stehen, sind durch den Kampf zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen derart verärgert, daß sie nun überhaupt nicht mehr zur Wahlurne gehen.

### Die Deutsche Volkspartei zu den Sammlungsbestrebungen der Mitte

Von der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, wird mitgeteilt:  
Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Staatspartei behauptet, daß bei einer Zusammenkunft von Vertretern der Mittelparteien der Vertreter der Deutschen Volkspartei für ein Zusammengehen der Mitte kein Interesse bekundet habe. Dazu bemerkt die Deutsche Volkspartei: Ein Zusammengehen der Mitte sei schon deshalb unmöglich gewesen, weil die Gruppen der Mitte eine völlig verschiedene Stellung zur Reichsregierung und ihrem Programm einnahmen. Ferner habe der Christlich-Soziale Volksdienst von Anfang an mitgeteilt, daß er sich an einem derartigen gemeinsamen Vorgehen nicht beteiligen werde. Schließlich seien auch die technischen Voraussetzungen für ein derartiges Vorgehen nicht gegeben gewesen. Die Deutsche Volkspartei habe von Anfang an den Zusammenschluß aller hinter dem Programm des Reichspräsidenten stehenden Parteien als nationale Notwendigkeit gefordert. Nachdem dieser Gedanke jedoch nicht durchführbar gewesen sei, habe die Deutsche Volkspartei nur mit denjenigen Parteien Verbindung aufgenommen, die sich eindeutig und klar zum Programm des Reichspräsidenten bekant haben.

### Eine Entschließung der Deutschnationalen Süddeutschlands

Am letzten Sonntag fand in Stuttgart eine Tagung der süddeutschen Parlamentarier und Landesvorstände der Deutschnationalen Volkspartei statt, wozu sich sämtliche süddeutschen deutschnationalen Parlamentarier sowie eine Anzahl Vertreter der Landesverbände Württemberg, Baden, Rheinpfalz und Bayern zusammengefunden hatten. Gegenstand der Beratungen waren die kommenden Reichstagswahlen. Über Weg und Ziel des Wahlkampfes wurde — nach der herausgegebenen Mitteilung — zwischen den Landesverbänden absolute Einigkeit erreicht.

Die Versammlung faßte eine Entschließung, in der zunächst zum Ausdruck kommt, daß die süddeutschen Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei hinter ihrem Führer Dunsberg stehen und daß „solange die Regierung Papen auf dem eingeschlagenen Wege zur inneren und äußeren Befreiung Deutschlands weitergeht, sich die Deutschnationale Volkspartei hinter sie stellen wird, ohne irgendwelche Bindungen einzugehen und ohne darauf zu verzichten, für notwendige Verbesserungen namentlich des sozialpolitischen Programms der Regierung Papen sich mit allem Nachdruck einzusetzen. Die reine Parteipolitik des neudeutschen Parlamentarismus müsse abgelöst werden durch eine wahrhafte Staatspolitik unter der Führung einer vom Parlament und den Parteien unabhängigen Regierung. Dieses Ziel sei der Sinn der Wahl des 6. November."

Holland gegen die deutschen Kontingentierungsvorschläge. Von holländischer Seite wird eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der es heißt, daß die deutschen Kontingentierungsvorschläge keine Grundlage für eine erzießliche Diskussion darstellen.

## Der Dank des Reichspräsidenten

### Die Rundfunkansprache am Dienstag Abend

Die Ansprache, die der Reichspräsident am Dienstagabend als Dank für die ihm entgegengebrachten Glückwünsche und erwiesenen Aufmerksamkeiten im Rundfunk hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Zur Vollendung des 85. Lebensjahres sind mir aus allen Teilen des Reiches und auch von den Deutschen jenseits unserer Grenzen zahlreiche Glückwünsche zugegangen. All diese Grüße und Gaben von Groß und Klein, von Reich und Arm, haben mich tief berührt. Ich habe diese vielen Zeichen persönlichen Gedankens zugleich als Beweis treuer vaterländischer Gesinnung und Verbundenheit begrüßt. Mit besonderer Befriedigung habe ich auch davon Kenntnis erhalten, daß der Ruf der Hindenburg-Spende, die meinen alten kriegsbeschädigten Kameraden und ihren Hinterbliebenen in Fällen der Not bisher so segensreich geholfen hat, guten Widerhall gefunden und neue Mittel zu diesem Zweck erbracht hat. So danke ich denn heute von ganzem Herzen Allen, die meiner gedacht haben und die in meinem Sinn vielen Bedürftigen Hilfe gebracht und die mich durch das Gelübnis treuer Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes erfreut haben.

Wir stehen vor schweren Aufgaben. Nach außen ringen wir um unsere Freiheit und unser Recht, im Innern um Arbeit und Brot. Nach wie vor wird es mein Ziel sein, als gerechter Sachwalter des gesamten Volkes über den Parteien stehend, alle Deutschen hierfür zusammenzuschließen. Ich baue dabei auf den gefundenen Sinn des deutschen Volkes, dessen Geschichte lehrt, daß es sich auch in früheren Zeiten der Not und Gefahr einer Führung gestellt hat. Es geht nicht um die Anschauungen und Wünsche von Personen, Gruppen und Parteien, es geht um das Vaterland, es geht um Deutschlands Zukunft! Dieser zu dienen, für sie Opfer zu bringen, muß der Wille jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau sein! Wer in dieser Erkenntnis zu mir steht, hat mir die größte Freude bereitet. In diesem Sinne: Vorwärts mit Gott!"

## Zur Finanzlage des Reichs

### Die Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden

Der von der Länderkonferenz eingesetzte Ersparnis-Ausschuß hat verschiedentlich Sitzungen abgehalten und wird seine Arbeiten auch noch weiter fortsetzen. Die Anregungen, die sich dabei ergeben, werden jedoch nicht als Beschlüsse nach außen in Erscheinung treten, sondern Ersparnismaßnahmen, die sich bei diesen Beratungen zeigen, werden zwischen Reich und Ländern eingehend behandelt und dann evtl. in die Tat umgesetzt werden.

Die Reichsregierung legt angesichts der dauernd rückgängigen Einnahmen auf weitere Ersparnisse großen Wert, weil sie unter allen Umständen vermeiden will, neue Einnahmequellen zu erschließen. Die größte Sorge bereitet die Betreuung der Erwerbslosen, und insbesondere der Gemeinden, denen die Arbeitslosen zum größten Teil zur Last fallen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, hat direkte Verhandlungen über das Finanzprogramm der Städte mit dem Reichsfinanzminister aufgenommen, das Mulert selbst kürzlich in Weimar entwidelt hatte. Auch diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Da also die Innehaltung des durch Notverordnung festgestellten Haushaltsplanes für das laufende Rechnungsjahr noch große Schwierigkeiten bereitet, so befindet sich auch der Staatsentwurf für das nächste Jahr noch im Stadium der ersten Vorarbeiten, während er in früheren Jahren um diese Zeit oft schon recht weit gediehen war.

## Statin Pascha I

Rudolph Statin, der ehemalige Generalinspekteur des Sudans, ist in einem Wiener Sanatorium im 76. Lebensjahr gestorben. Das Leben Carl Freiherr von Statins (Statin Pascha) mutet mit seinem Reichtum an Erlebnissen und Abenteuern in exotischen Ländern an wie ein Roman. Schon den 16jährigen trieb die Abenteuerlust aus seiner Heimatstadt Wien in die Ferne. Er ging zunächst nach Ägypten. 1876 kehrte er in die Heimat zurück und nahm 1878 als österreichischer Reserveoffizier an bosnischen Feldzügen teil. Einem Ruf Gordon Paschas folgend, geht er dann aufs neue nach Ägypten, wo er, 22 Jahre alt, Gouverneur der sudanesischen Provinz Darfur wurde. Nun folgte sein langer ruhmvoller Kampf gegen die Mahdisten. Um sich die Treue seiner mohammedanischen Truppen zu erhalten, trat er sogar scheinbar zum Mohammedanismus über. Am Weihnachtstag 1883 erlitt er jedoch das Geschick. Seine Truppen wurden aufgerieben und er mußte sich dem Mahdi ergeben. Für Statin begann nun eine furchtbare Lebenszeit von elf Jahren. Endlich gelang ihm im Februar 1895 die Flucht nach Ägypten. Er trat nunmehr als Oberst und mit dem Paschaititel in die angloägyptische Armee ein. 1900 wurde er englischer Generalmajor und Generalinspekteur des Sudans. Erst 1914 bei Ausbruch des Weltkrieges schied er aus dem angloägyptischen Verwaltungsdienst aus, kehrte, mit dem Freiherrentitel ausgezeichnet, in seine Heimat zurück, und ließ sich in Südtirol nieder, wo er dann die Leitung der Kriegsgefangenenfürsorge des österreichischen Roten Kreuzes übernahm.

Wiederaufnahme des Verkehrs in Hamburg. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts hat den Streit im Hamburger Verkehrsgebiet nach dreijähriger Dauer ein schnelles Ende bereitet. Der Verkehr wird heute, Mittwoch, wieder aufgenommen. — Nachdem die Vertrauensleute des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes den Abbruch des Streiks beschlossen und auch die Kommunisten die Streikaufrufung zurückgezogen hatten, ist heute früh der Betrieb auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln wieder aufgenommen worden.

## Kleine Chronik

Vor dem Landgericht Berlin begann der Prozeß gegen den Bankbeamten Sedmaier, der für über 5 Millionen Reichsmark Effekten verschoben haben soll.  
Der Gehilfe des Zahlmeisters eines französischen Infanterieregiments ist mit der Regimentskasse, die eine Viertelmillion Franken enthielt, verschwinden.  
Charlie Chaplin ist in Hollywood erkrankt, angeblich an einer Fleischvergiftung.

Im Münchener „Fischel"-Prozeß wurde der Redakteur Goldschagg von der sozialdemokratischen „Münchener Post" zu einer Geldstrafe von 1200 RM. verurteilt. In der Begründung des Urteils heißt es, es sei ihm nicht gelungen, durch unmittelbare Wahrnehmungen den Wahrheitsbeweis für eine der russischen Fischel ähnliche „Belle G." zu erbringen. Er habe sich auf Mitteilungen dritter Personen gestützt, die zur strengen Durchführung eines Wahrheitsbeweises nicht genügten. Mildern berücksichtigt wurde, daß in Kreisen der NSDAP. selbst die Auffassung von Vorhandensein der behaupteten Organisationsbestand.

## Kurze Nachrichten

Dem Gedenken des Kriegskreuzers „Karlsruhe". Auf der Fahrt von Pernambuco nach Trinidad veranstaltete der Kreuzer „Karlsruhe" in der Nähe der Untergangsstelle des im Kriege infolge einer Explosion gesunkenen Kreuzers „Karlsruhe" eine Gedenkfeier, in deren Verlauf ein „Eisernes Kreuz" versenkt wurde.

Arbeiterentlassungen in der Gladbach-Abteiler Textilindustrie. Wie von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, sind seit 24. September in der Textilindustrie in Gladbach-Abteiler mehr als 200 Arbeiter entlassen worden, weitere Kündigungen sollen folgen.

Der Bancuropalongreß in Basel wurde mit einer Vollversammlung am Dienstagabend beendet. In seiner Schlußansprache forderte Graf Coudenhove jeden Teilnehmer auf, für Bancuropa das zu leisten, was er kann. Coudenhove wandte sich eindringlich an die Jugend und an die Frauen, mitzuhelfen an dem großen Werke.

## Badischer Teil

### Zuschüsse des Reichs

für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

\*\* Aus dem 50-Millionen-Fonds des Reichs für Instandsetzungsarbeiten, Teilung von Wohnungen und Umbau hat das Reich dem Land Baden den Betrag von 1.665.000 RM zur Verfügung von Zuschüssen zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wurde durch das Land unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl und des Bedürfnisses zur weiteren Zuteilung an die in Frage kommenden Grundstückeigentümer an die verbandsfreien Städte und die Bezirkswohnungsverbände verteilt. Nach den Reichsausführungsbefristungen beträgt der Reichszuschuß bei Vornahme von größeren Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, soweit es sich hierbei um Altbauten, also um vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gemordene Gebäude handelt und die Kosten mindestens 250 RM betragen, 20 v. H. der Kosten und bei der Teilung von Wohnungen und dem Umbau von sonstigen Räumen zu Wohnungen — hierbei kommen sowohl Alt- wie Neubauten in Frage — 50 v. H. der Kosten, jedoch für die einzelne Teilwohnung nicht mehr als 600 Reichsmark. Der Zuschuß beträgt hiernach z. B., wenn eine Dachreparatur vorgenommen und gleichzeitig das Haus neu verputzt wird und die Kosten hierfür 500 RM betragen 100 RM; wird eine 6-Zimmer-Wohnung in eine 4- und eine 2-Zimmer-Wohnung geteilt und betragen die Kosten hierfür 700 RM, dann wird ein Zuschuß in Höhe von 350 RM gewährt. Der Zuschuß wird als verlorener Zuschuß gegeben. Er ist nur dann zurückzahlen, wenn die bewilligten Stellen durch unwägbare Angaben über die Höhe der Kosten getäuscht oder Arbeiten in Schwarzarbeit ausgeführt worden sind. Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind, wenn das Gebäude in einer verbandsfreien Stadt liegt, an den Oberbürgermeister (Bürgermeister), im übrigen an die Bezirkswohnungsverbände zu richten.

## Das Strafverfahren wegen der Vorfälle in Göbbrüchen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* In der Nr. 192 des „Führer" vom 30. Juli 1932 wurde gegen die Justizbehörden der Vorwurf erhoben, daß dem Verteidiger der Göbbrücher Bauern bis heute (also dem 30. Juli 1932) unter den wichtigsten Vorwänden die Einsicht der gesamten Akten vorenthalten sei. In einer Erwidrerung der Pressestelle beim Staatsministerium wurde in der Nr. 176 der „Karlsruher Zeitung" vom 30. Juli 1932 dieser Vorwurf als nicht richtig bezeichnet und bemerkt, daß der Verteidiger auf seine telefonische Anfrage bei dem Vorsitzenden der zuständigen Strafkammer dahin beschieden wurde, daß die Akten bei der Staatsanwaltschaft Horschheim eingesehen werden könnten. In der Nr. 206 des „Führer" vom 18. August 1932 wird diese Erwidrerung als unrichtig und unwahr bezeichnet und behauptet, der Verteidiger der Angeklagten habe die Akten Horschheim und Genossen erst später nach Genehmigung durch den Vorsitzenden der Strafkammer einsehen können; die Akten Pfeiffer und Genossen seien ihm erst am 4. und 5. August, also kaum eine Woche vor der Hauptverhandlung, zugänglich gemacht worden.

Dazu wird festgesetzt: Die Akten gegen Hoffäh und Genossen, die am 22. Juli 1932 wieder bei der Staatsanwaltschaft Horschheim zur Zustellung des Eröffnungsbeschlusses und Ladung zur Hauptverhandlung einliefen, wurden dort von Rechtsanwalt Brandstetter in der Zeit vom 22. bis 30. Juli 1932 mit Genehmigung des Vorsitzenden der Strafkammer eingesehen. In die Akten gegen Pfeiffer und Genossen hat Rechtsanwalt Brandstetter bereits am 18. Juli 1932 mit Genehmigung des Ersten Staatsanwalts in Horschheim Einsicht erhalten. Diese letzteren Akten wurden mit der Anklage vom 21. Juli 1932 dem Landgericht Karlsruhe vorgelegt und kamen dort am 23. Juli 1932 ein. Die zweite Akteninsicht in diese Akten Pfeiffer und Genossen hat Rechtsanwalt Brandstetter dann wiederum mit Genehmigung des Vorsitzenden der Strafkammer erhalten. Es ist demnach festzustellen, daß Rechtsanwalt Brandstetter am 30. Juli 1932, dem Tage der im „Führer" erhobenen Angriffe und dem Tag der Berichtigung durch die Pressestelle des Staatsministeriums, sowohl in die Akten Hoffäh und Genossen, wie in die Akten Pfeiffer und Genossen bereits Akteninsicht erhalten hatte. Die Erwidrerung der Pressestelle des Staatsministeriums vom 30. Juli 1932 war deshalb richtig. Daß Rechtsanwalt Brandstetter die am 30. Juli 1932 veröffentlichten Angriffe im „Führer" schon am 29. Juli 1932 abgefaßt, und daß er an diesem Tage möglicherweise noch keine Einsicht in die Akten Hoffäh und Genossen erhalten hatte, konnte der Presseabteilung des Staatsministeriums nicht bekannt sein. Unrichtig war die Behauptung des „Führer", es sei dem Rechtsanwalt die Einsicht in die gesamten Akten verweigert worden, auch für den 23. Juli, da er die Akten Pfeiffer und Genossen schon am 18. Juli 1932 eingesehen hatte.

## Konsularische Vertretung Amerikas

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* Der zum Vizekonsul bei dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Charles Morris jr. ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

## Die Rheinbrücken

### Besprechung im Reichsverkehrsministerium

Wie aus Berlin gemeldet wird, fand am Dienstag eine Besprechung unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Freiherrn von Cky-Näbenach über die Finanzierung der Rheinbrücken bei Mainz und Speyer statt, an der von badischer Seite Finanzminister Mattes, von bayerischer Seite Staatsrat Schäffer, sowie Vertreter der Reichsbahn und der beteiligten Reichsstellen teilnahmen. Allenfalls kam der feste Wille zur Durchführung des Baues aus dieser beiden Brücken gemäß dem Vertrag vom Mai 1932 zum Ausdruck. Es soll von allen beteiligten Stellen geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, neben dem Bau der Rheinbrücke von Mainz gleichzeitig auch die Speyerer Brücke, und zwar diese zunächst aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu finanzieren. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

In einer Unterredung mit einem Mitglied der Schriftleitung der „Heidelb. N. N.“ betonte Finanzminister Dr. Mattes, es sei unrichtig, daß die badische Regierung den Bau der Speyerer Brücke weniger unterstütze als den der anderen Brücken. In dem mit dem Reich, der Reichsbahn, Bayern und Baden abgeschlossenen Vertrag hätten sich sämtliche Beteiligten zum Bau auch der Speyerer Brücke verpflichtet. In der Lindauer Besprechung zwischen dem bayerischen und dem badischen Finanzminister sei eine Einigung dahin erfolgt, gegenüber dem Reich und der Reichsbahn auch für einen baldigen Baubeginn bei Speyer einzutreten. Es sei also die Behauptung unrichtig, daß die badische Regierung die anderen Brücken auf Kosten der Speyerer bevorzuge.

Wenn der Brückenbau in Mannheim und Mainz bisher stärker als derjenige bei Speyer gefördert worden sei, so sei dies sehr stark auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Städte Mannheim und Karlsruhe sich bereit erklärten, an den Kosten der Brückenbauten sich um wesentlichen Beträgen zu beteiligen, während dies die an der Speyerer Brücke interessierten Städte bisher nicht getan haben. Mannheim und Karlsruhe hätten sich bereit erklärt, an den Brückenbauten rund zwei Millionen Reichsmark zu zahlen. Nicht richtig sei, daß die Pläne für den Bau der Speyerer Brücke fix und fertig seien. Die badische Regierung sei aber auch in bezug auf die Speyerer Brücke zu jeder möglichen Unterstützung entschlossen.

## Evangelische Landesynode

### Die Dienstagmorgensitzung

Zu Beginn der Nachmittagsitzung dankte der Präsident, Ministerialrat Dr. Anshauer, für das ihm bewiesene Vertrauen. Er brachte dann die Vereinerung der Landesynode für den Reichspräsidenten von Hindenburg anlässlich dessen 85. Geburtstages zum Ausdruck und gedachte schließlich der inzwischen verstorbenen Mitglieder der Synode.

Eingegangen ist ein Antrag der Positivisten, wonach statt bisher 6, künftig nur 4 Mitglieder der Synode in die Kirchenregierung gewählt werden sollen. Die Liberalen beantragten an Stelle des unmittelbaren Wahlrechts zur Synode das mittelbare Wahlrecht. Die beiden Anträge wurden an den Verfassungsausschuß überwiesen. Eine Entschließung der Religiosen Sozialisten merkt sich dagegen, daß der Evang. Oberkirchenrat bei der Ernennung von 8 Synodalmitgliedern die Religiosen Sozialisten unberücksichtigt gelassen hat. Dieser Antrag soll sofort im Plenum zur Behandlung kommen. Die nächste Sitzung wurde auf heute, Mittwoch, vorm. 10 Uhr, anberaumt.

## Verordnung über die Wohlfahrtslasten der Gemeinden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt vom 4. Oktober enthält eine Verordnung des badischen Staatsministeriums über die Bildung eines Ausgleichsstodes zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, in der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. Sept. 1932 folgendes verordnet wird:

§ 1. Der Minister des Innern wird ermächtigt, dem nach Artikel II § 3 Satz 1 der Verordnung vom 27. Juli 1932 über die Verteilung von Reichsmitteln aus der Viertheuerleistung und der Reichswohlfahrtslasten (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 187) gebildeten Ausgleichsstod bis zu 20 v. H. aus den auf die Bezirksfürsorgeverbände entfallenden monatlichen Teilbeträgen der Reichswohlfahrtslasten zuzuführen. Die Ermächtigung gilt erstmals für die auf den Monat September 1932 entfallenden Teilbeträge der Reichswohlfahrtslasten.

§ 2. Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

## Aus der badischen Industrie

Streikbeilegung in Ettlingen. Der Streik der Papierarbeiter in der Papierfabrik Schneider in Ettlingen wurde rasch beigelegt durch das Zustandekommen eines Vergleichs. Am Montagmorgen fanden im Beisein des Gewerbetarifs Hahnwintel-Karlsruhe zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber Verhandlungen statt. Es wurde ein Vergleich abgeschlossen, wonach die Arbeiterschaft auf Grund der Notverordnung einer 30prozentigen Lohnabzug über sich ergehen lassen muß und am Dienstagvormittag die Arbeit wieder aufnehmen hatte.

Die Absehtische- und Plattenfabrik von R. Streckfuß in Neuenhausen bei Freiburg hat in den letzten Tagen ihren vollen Betrieb wieder aufnehmen können.

Bürgermeisterwahlen. Die Bürgermeisterwahl in Schönach bei Triberg ist ergebnislos verlaufen. Es erhielten Stimmen: Gemeindefachsekretär Panther 25, Gemeinderat Kunet 17, Ingenieur Schäpe 12, Sauer-Edingen 1, Koch-Wolfsch hatte keine Kandidatur zurückgezogen. Der zweite Wahlgang findet am 16. Oktober statt. — In Bergschillingen (Amt Waldshut) wurde Bürgermeister Ernst Rutschmann mit 55 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat Friedrich Baumgartner erhielt 43 Stimmen.

## Aus der Landeshauptstadt

Keine Kirchenwahlen. Dem Beispiel anderer Städte folgend, hat man sich auch in Karlsruhe auf eine Einheitsliste geeinigt, so daß keine Wahlen in der evangelischen Gemeinde stattzufinden brauchen.

Für das Badische Landestheater hat sich der beginnende Herbst schon unangenehm ausgewirkt. Höchlich sind Erkrankungen im Personal ausgebrochen, die aufs schwerste den Spielplan gefährdeten. Schon mußten Vorstellungen notwendig mit Gästen gehalten werden, für andere, wie „Oberon“ und „Die Regimentstochter“, für die Ausstellungen nicht zu beschaffen waren, mußte Umlauf erfolgen und innerhalb des Personals mußten Umbelegungen vorgenommen werden. Auch der Probenbetrieb erlitt solche erhebliche Störungen, daß mit Verschiebungen von geplanten Erstaufführungen gerechnet werden muß. — Die Vorstellung „Margarethe“, die für Freitag vorgeesehen war, mußte abgelehnt werden. Statt ihrer wird ein schon geplanter „Ballt-Abend“ gegeben werden, der dem

neuen Balletmeister Ferry Heißer-Dworak Gelegenheit geben wird, sich in größerem Rahmen vorzustellen. — Bei dem durch die Sparmaßnahmen aufs äußerste beschränkten Personal und den knappen Mitteln für Ersatz, wird leider öfter mit Störungen zu rechnen sein. Die Theaterleitung wird alles daran setzen, ihrer rechtzeitig Herr zu werden — in manchen Fällen wird sie jedoch der Nachsichten des einseitigen Publikums nicht entzaten können.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: Mit der Polarluft hat sich inzwischen ein Hochdruckgebiet nach Mitteleuropa vorgeschoben, unter dessen Einfluß Aufheiterung auch in Süddeutschland erfolgt ist. Die Temperaturen gingen deshalb während der Nacht zum Mittwoch stark zurück und erreichten in der Rheinebene fast den Nullpunkt. Nachdem nun hoher Druck sich über dem Festlande ausgebreitet hat, wird die Besserung des Wetters noch bis morgen anhalten. Voraussage: Morgenbel, am Tage ziemlich heiter, anhaltend kühl.

## Gebt den Hungrigen Speise, spendet zur Winternothilfe 1932/33!

### Kurze Nachrichten aus Baden

Zunehmender Bandenschmuggel an der Schweizerischen Grenze  
Hd. Singen a. S., 5. Okt. Bei Arlen wurden vier Männer festgenommen, die eine größere Menge Zuder über die Schweizer Grenze schmuggelten. Der deutsche Zuderzoll bringt für das Kilo Zuder eine Belastung von 42½ Pf., gegenüber dem Auslandspreis. Seit einiger Zeit werden immer mehr Leute dabei betreten, wie sie nicht nur aus Not für den eigenen Bedarf schmuggeln, sondern auch für Wiederverkäufer. Letztere nützen die Not der Arbeitslosen aus, um sie zum Schmuggel zu veranlassen. Mit der Schmuggelware wird dann von den Wiederverkäufern ein gewinnbringendes Geschäft gemacht. Der Bandenschmuggel hat in letzter Zeit stark überhandgenommen. Auch in Tabak, Mehl, Seidenstoffen, Triebstoffen, Benzin blüht der Schmuggel. Durch die Schmuggler leidet der legitime Handel besonders in den Grenzstädten. Die gleichgültige moralische Einstellung vieler Kreise des Volkes dem Schmuggel gegenüber kann dazu führen, daß aus einem solchen Gelegenheitsgeschäft leicht ein Berufsschmuggler wird. Daß schon Kinder in den Dienst des Schmuggels gestellt werden, ist wohl das Verwerflichste an der ganzen Sache.

Hd. Mannheim, 4. Okt. Dienstagmorgens kurz nach 6 Uhr ereignete sich in der Nähe des Flughafens Mannheim-Neustadt ein schweres Flugzeugunglück. Der etwa 25 Jahre alte Pilot Wilhelm Gaus aus Schramberg in Württemberg war mit dem Sport-Doppeldecker D 2253 gestartet, um einige Abflugübungen zu machen. Bei dieser Gelegenheit führte Gaus auch einige Kunstflüge aus. Bei einem Looping löste sich plötzlich eine der Verbindungsplatten. Der Apparat neigte sich nach vorn über und ging im Sturzflug aus etwa 600 Meter Höhe nieder. Erst als die Maschine nur noch 50 Meter vom Boden entfernt war, vermochte der Pilot sich freizumachen und abzuspringen. Das Luftpolster war aber für den sich noch öffnenden Fallschirm infolge der geringen Höhe zu schwach, so daß Gaus mit hartem Aufprall auf den Boden aufschlug. Gaus verstarb auf dem Wege zum Krankenhaus. Die Maschine ging vollständig in Trümmer.

W. Wiesloch, 5. Okt. Gestandter a. D. Erz. v. Reichenau feiert am Donnerstag seinen 75. Geburtstag. v. Reichenau war Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland und des Deutschen Schulpfandes. Er ist Ehrendoktor der Universität Marburg. Vor einiger Zeit stand v. Reichenau im Mittelpunkt einer Aktion der politischen Polizei auf Schloß Rotenberg (bei Wiesloch). Der Jubilar ist Mitglied der nationalsozialistischen Gruppe in der neuen evangelischen Landesynode und wurde von dieser zum stellvertretenden Präsidenten gewählt.

H. Neustadt i. Schw., 4. Okt. Redakteur Joseph Straub, der vor vier Jahren, von ihm kommend, die Schriftleitung des „Hochwächter“ übernahm, ist in den Ruhestand getreten. Nach seinem ersten juristischen Staatsexamen ging Straub, der aus dem Bezirk Neustadt stammt, zur Presse über. Seine lange journalistische Laufbahn führte ihn an verschiedene Zeitungen in Baden und Württemberg. Straub, der ein guter Kenner der badischen politischen Geschichte ist, ist als liberaler Publizist weithin bekannt geworden. Seinen Lebensabend wird er in Karlsruhe verbringen.

H. Donaueschingen, 4. Okt. In Donaueschingen stand die Hindenburg-Geburtsstagsfeier ganz im Zeichen der Reichswehr. Am Samstagabend wurde von der Bataillonskapelle eine Sere-nade vor dem Rathaus veranstaltet. Umgeben von Fackel-trägern boten die Militärmusiker in Uniform und Stahlhelm ein ungewöhnlich reizvolles Bild. Am Sonntagvormittag war großes Beden der Bataillonskapelle in der ganzen Stadt. In beiden Kirchen wurde anschließend ein Festgottesdienst für die Einwohnerschaft und das Militär abgehalten. Im Stadionshof fand die eigentliche militärische Feier statt, bei welcher der Standortkommandant, Major Hofmann, eine Ansprache an die Angehörigen des Ausbildungsbataillons hielt. Die Kapelle spielte anschließend das Deutschlandlied. Am Sonntagvormittag von 12 bis 14 Uhr fand am Rathaus nochmals ein Platzkonzert zur Feier des deutschen Festtages statt.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

	5. Oktober		4. Oktober	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	75.37	75.53	75.37	75.53
Italien . . . 100 L.	21.58	21.62	21.58	21.62
London . . . 1 Pf.	14.53	14.57	14.53	14.57
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schwiz . . . 100 Fr.	81.10	81.26	81.10	81.26
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Um die Sanierung der Rheinschiffahrt. In einer in Mannheim abgehaltenen Sitzung des Ausschusses des Reichsfließschiffverbandes „Jus et Justitia“ wurde über den Plan Jaeger eingehend beraten. Der Ausschuß hat einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Der Ausschuß ist nach eingehender und ernster Beratung zu der Auffassung gekommen, daß es die in dem Kreise der rheinischen Reichsfließschiffer entstandene ungeheure Notlage erfordert, dem von Herrn Generaldirektor Jaeger aufgestellten Plan trotz aller bestehenden Bedenken näherzutreten, weil darin ein geeignetes und

schnellmöglichst wirksames Mittel gesehen wird, der Notlage zu steuern.“ Es wurde beschlossen, auf Montag, den 24. Oktober, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, der das Projekt — vorbehaltlich der Ausgestaltung der Einzelheiten — empfohlen werden soll.

Badische Tabakverkaufsaktion in Graben. Der Landesverband badischer Tabakbauvereine veranstaltete in Graben bei Karlsruhe eine Verkaufsaktion für 15 nordbadische Tabakbau-gemeinden, bei der insgesamt fast 4000 Zentner Sandblatt und 250 Zentner Mittelgut ausbezogen wurden. Die Kaufkraft war überaus groß; der Kauf gestaltete sich bei erfläffiger, zur Fabrikation ausgezeichnet geeigneter Ware rege. Den höchsten Preis erlöste der Verein Graben I mit 90,95 RM., aber auch die übrigen Preise lagen durchweg sehr befriedigend. Mit Ausnahme von Hochstetten, das nur 70 RM. erlöste, liegen die Preise durchweg über 80 RM. Hauptkäufer war die Firma Brinmann in Speyer, die allein etwa 3200—3500 Zentner übernahm. — Die nächste badische Verkaufsaktion für Tabake ist auf den 13. Oktober, vorm. 10 Uhr, nach Schwetzingen anberaumt.

## Staatsanzeiger

Nach den Mitteilungen der Bezirkstierärzte waren am 1. Oktober 1932 im Lande Baden verzeichnet mit:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirk:	Gemeinde:
Ettlingen	Mörsh
	Schweinepest:
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Sulz
Mannheim	Mannheim-Feudenheim, Mannheim-Räfertal, Mannheim-Sedenheim, Mannheim-Wallstadt, Altluhheim, Ibesheim, Ladenburg, Neckarhausen, Planfeld, Schriesheim, Schwetzingen
Weinheim	Milzbrand:
	Gemeinde:
	Egringen
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Ostersheim
Rastatt	Baden-Baden

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Veterinärarzt als Bezirkstierarzt Dr. Friedrich Fries in Wiesloch nach Wühl.

Befördert: Polizeisekretär Josef Fritschbecker beim Landespolizeiamt Karlsruhe zum Polizeikommissar und Polizeiasistent Georg Röh in Mannheim zum Polizeisekretär der Fahndungspolizei.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Kanzeisekretärin Mina Ruy beim Bezirksamt Pforzheim.

Gestorben: Polizeioberwachmeister Josef Rapp in Karlsruhe und Polizeioberinspektor Alfred Schuele in Freiburg.

## Ministerium der Finanzen

In den einseitigen Ruhestand versetzt: Landesgeologe Wilhelm Spis in Freiburg.

Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt: Hofrath Albert Winger beim Postamt Lörrach.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres Mit dem 1. Oktober 1932 werden befördert:

Zum Generalmajor: Oberst Blaskowitz, Kommandeur des 14. Infanterie-Regiments und Landeskommandant in Baden. Zu Oberst: Oberstleutnant Haase, Artillerie-Regiment 5, Oberstleutnant Baron von Hiseberg, Kommandeur der 5. Nachrichten-Abteilung.

Zum Oberstleutnant: Major von Berg, Artillerie-Regiment 5, Mit Wirkung vom 1. November 1932 wird ernannt: Major Stimmel, Infanterie-Regiment 13, zum Kommandeur des II. Bataillons dieses Regiments.



## Badisches Landestheater

Donnerstag, 6. Okt. 1932

\* D 4 (Donnerstagmiete)

Th.-Gem. 1201—1300

## Figaros Hochzeit

Komische Oper von Mozart

Dirigent: Schwarz

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Blant, Jang, Haberkorn,

Lenz, Seiberlich, Winter,

Moerschel, Hofpach, Kalm-

bach, Kiefer, Böfer, Derner,

Schoepflin

Anfang 20 Ende nach 23

Preise D. (0,90—5,00 RM.)

Fr. 7. 10. Ballett-Abend.

Sa. 8. 10. Die Räuber. So.

9. 10. Nachmittags: Die

Regimentstochter. Abends:

Figaros Hochzeit

## 23. Volkswohllotterie

gezogen vom 10. bis 15. September 1932.

Von obiger Lotterie, von der das in Baden genehmigte Losquantum dem staatl. Lotterieverwalter G. Göttinger in Pforzheim zum Generalbetrieb übertragen war, sind folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

Gewinn im Werte von 50 RM.: Nr. 595 263;  
Gewinne im Werte von 20 RM.: Nr. 146 765, 595 453;  
Gewinne im Werte von 10 RM.: Nr. 39 673, 155 866, 264 229, 367 182, 362 241, 382 272, 495 496;  
Gewinne im Werte von 5 RM.: Nr. 24 287, 146 419, 146 952, 155 569, 155 637, 155 695, 155 885, 245 840, 245 846, 264 057, 264 239, 367 448, 382 018, 495 368, 595 039, 595 209, 595 269.  
Gewinne im Werte von 2 RM.: Nr. 24 015, 38, 108, 15, 52, 94, 95, 280, 350, 375, 88, 456, 57, 65, 39 825, 37, 653, 65, 91, 776, 902, 65, 146 577, 661, 66, 723, 747, 74, 838, 65, 940, 30, 155 520, 62, 68, 88, 680, 808, 54, 70, 83, 903, 25, 30, 82, 245 625, 62, 81, 784, 86, 849, 52, 981, 86, 264 047, 66, 100, 9, 12, 44, 271, 83, 86, 345, 52, 81, 367 023, 98, 117, 44, 64, 77, 89, 98, 283, 394, 416, 29, 47, 362 023, 60, 74, 76, 92, 119, 44, 54, 252, 68, 78, 86, 420, 81, 495 038, 151, 261, 92, 97, 330, 49, 415, 63, 595 024, 54, 96, 147, 93, 244, 47, 82, 302, 400, 35, 500.  
Doppellose erhalten 2 Gewinne im gleichen Werte!

# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 40

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 233

5. Oktober 1932

## Die Hindenburg-Säule auf dem badischen Winterhauch

Hinter Eberbach hört für viele die Welt auf. Sie kennen wohl den Lauf des Neckars bis Neckarelz, haben auch der romantischen Wolkenschlucht bei Zwingenberg einen Besuch abgestattet, ja sie rühmen sich vielleicht sogar, auf dem Regenbuckel gewesen zu sein. Dann aber sind sie mit ihrem Latein zu Ende. Um Land und Leute des um den Regenbuckel liegenden Gebiets haben sie sich nicht bekümmert. Und gerade dieser Landstrich zeigt den gewaltigen Aufstieg des Betriebs der Landwirtschaft und die Besserung der Wirtschaftslage durch den Fremdenverkehr in den fünf letzten Jahrzehnten in reichstem Maße. Doch wir wollen heute alle diese Dinge nicht berühren, sondern nur kurz bemerken, daß der Name Winterhauch auf den fränkischen Gaunamen „Wingarteiba“ zurückzuführen ist. Wingart kommt von „winja“, d. h. Weide; „gard“ bedeutet das Gehege, in dem das Vieh zusammengetrieben wird. Nach Christ kommt dem Wort „eiba“ die Bedeutung eines Gerichtsbezirkes zu. Aus Wingarteiba entstand Winteraw, Winterau, Winterhauch. Zu diesem Landstrich zählt man die Dörfer Strümpfelbrunn, Waldlagenbach, Dielbach, Schollbrunn, Müllben und Weisbach. — Nun zur Sache.

In den Jahren 1900 bis 1903 war Reichspräsident von Hindenburg Kommandeur der 28. Infanteriedivision in Karlsruhe. Zur Abhaltung der Brigademanöver ward im August 1901 die Gegend zwischen Schollbrunn und Waldlagenbach ausgesucht. Man kann sich die Freude der Einwohner denken, als es hieß: Soldaten kommen! Denn jener Landstrich erfreute sich als Manövergelände nicht so häufig der Benützung wie das Bauland oder das Hügel-land. Besonders die alten Soldaten brachten den kriegerischen Operationen größte Aufmerksamkeit entgegen und verfehlten nicht, bei der Kritik möglichst nahe heranzukommen. Diese hielt von Hindenburg auf der Strümpfelbrunner Höhe bei dem sogenannten Franzosenfeld rechts der Landstraße Oberdielbach-Strümpfelbrunn ab.

Als im Jahre 1927 der 80. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg nahe, reiste bei den militärischen Vereinen des Winterhauchs und der Stadt Eberbach der Plan zur Errichtung eines Gedenksteins für den Führer des deutschen Volkes. Dieser Gedenkstein sollte auf dem Plage aufgestellt werden, von dem aus der ehemalige Divisionskommandeur von Hindenburg die Kritik geleitet hatte. Man wollte hier kein monumentales Denkmal errichten, sondern ein Zeichen der Erinnerung, und so kamen durch freiwillige Spenden rasch die nötigen Gelder zusammen. In kameradschaftlicher Weise leisteten die Fuhrwerksbesitzer freiwillige Fuhrdienste. Die in den Grundstein der Hindenburg-Säule gelegte Urkunde erzählt: „Im August 1901 nahm Generalfeldmarschall Paul von Benedendorff und Hindenburg auf dieser Höhe, Franzosenfeld genannt, als Divisionskommandeur am Manöver teil. Ihm, dem Schützer der Heimat im Weltkrieg 1914—1918, zum Dank, errichteten die Gemeinden des Winterhauchs und Militärvereine des Neckargaus auf der Gemarkung Strümpfelbrunn die „Hindenburg-Säule“ zum 80. Geburtstag ihres seit dem 26. April 1925 hochverehrten geliebten Reichspräsidenten.“

Gebaut ist die Säule aus freiwilligen Gaben und aufopfernder Arbeit der Ortsbewohner des Winterhauchs. Ferner beteiligten sich rege: Die Bürgermeister Zhrig-Strümpfelbrunn und Badisch-Oberdielbach; die Kriegervereine Dielbach; Vorsitzender A. Schäfer; Eberbach: Vorsitzender K. Silberbach; Müllben: Vorf. A. Walter; Schollbrunn: Vorf. Reimold; Strümpfelbrunn: Vorf. W. Emig; Waldlagenbach: Vorf. F. Haas; Weisbach: Vorf. Staudenmaier; Zwingenberg: Vorf. Hauptl. Kurth und der derzeitige Gauborsitzende des Neckargaus: A. Seufert.

Die Steine wurden im Stadtwald „Gaardt“ gewonnen und von der Stadt Eberbach unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Bäume und Sträucher in der Anlage stiftete das Groß. Forstamt Zwingenberg a. N.

Die Anregung zum Bau gab Fabrikant G. A. Gütschow in Eberbach. Der Entwurf ist von Architekt F. Steuernagel in Eberbach am Neckar, August 1927.

Die Urkunde wurde in einer Weiskapsel verlobt und in den Grundstein gelegt. Ingenieur Gütschow tat die drei Hammerschläge unter den Worten:

Dem Schützer der Heimat — zum Dank.

Dem Vater des Volks — zu Ehren.

Kommenden Geschlechtern — zur Nachahmung.

In feierlicher Weise wurde die Hindenburg-Säule nach ihrer Fertigstellung eingeweiht, und so steht das 9 Meter hohe Denkmal auf hoher Barte und hilft mit, den Namen des Schützers der Heimat und des Führers des Volks der Nachwelt zu übermitteln.

Sigmund.

## Mein Heimatland

19. Jahrgang, Heft 7, Blätter für Volkstunde, Heimat- und Naturschutz, Denkmalpflege, Familienforschung, i. N. d. Landesvereins Badische Heimat, herausgegeben von Hermann Eris Basse, Freiburg im Breisgau.

In diesen Tagen erschien Heft 7 „Mein Heimatland“ als stattliche heimatkundlich-kulturelle Veröffentlichung, wieder mit außerordentlichem Bildschmuck versehen. Das Bestreben, jeweils möglichst viele Gänge unseres Grenzlandes zu berücksichtigen und ebenso möglichst vielen der Aufgabengebiete des Landesvereins Badische Heimat gerecht zu werden, kann nur begrüßt werden. Jeder Badener, daheim und draußen, wird irgendeine Anregung aufnehmen, wird vergleichen, Erinnerungen auf-frischen, irgendwie beschenkt sein.

Ein Problem für Landschaft und Stadt ist „Die Verkehrsstraße“ geworden, mit dem diese schöne Heimatzeitschrift eröffnet wird. Zugleich beweist die „Badische Heimat“ damit auch, wie stark sie durch die gesamte Heimatpflege bemüht ist, am Bild der werdenden Heimat mitzugestalten, einzugreifen, wo es die brennenden Fragen der Zeit, der Gegenwart wie Zukunft erfordern. So ist es verständlich, daß auch „Technische Kulturdenkmale“, die der bekannte Herausgeber Hermann Eris Basse würdigt, stärkere Beachtung finden. Die ausgezeichneten Bildproben aus ganz Deutschland gewähren einen guten Einblick in den Reichtum dieser Heimatgüter alter und jüngerer Zeit, und hoffentlich wird der Ruf an alle Heimatfreunde gehört, auch in Baden die mannigfaltigen technischen Kulturdenkmale zu sammeln, um auch diese Zeugen ins Bild der Heimat einzubringen und erhalten zu können. „Heimat-kunde und Mobellbau“ behandelt Walter Daut, Ettlingen, in einer aufschlußreichen Darstellung, und im Zusammenhang damit werden die Bilder von Modellen aus dem ganzen Lande außerordentliches Interesse finden.

Otto Langguth berichtet „Von ehrsamem Handwerk der Häfner“ unter besonderer Berücksichtigung der Wertheimer Häfner mit viel Verständnis für die Tüpfertätigkeit, seinem Einfühlungsvermögen, und einprägsame Bilder aus einer Häfnerwerkstatt befrachten, daß dieser Handwerker nicht nur Plastiker, sondern auch Maler und Dichter ist. „Alte Hausinschriften in Wertheim“, das Städtchen an Main und Tauber gelegen, ist besonders reich, sammelte Fritz Will als Zeichen längst verstrichener Jahrhunderte, die oft recht eigenartige Einblicke geben in den Wandel vergangener Geschlechter. Auch der nächste Beitrag von Emil Bander, Buchen, führt ins badische Frankenland, zu Burg und Schloß, zu Dorf und Gottesacker in „Wöbheim im Odenwald“. Die Arbeit über „Volksglauben in Jüresheim am Neckar“, von Karl Kiny, stützt sich auf Aufzeichnungen von Volksschülern und berichtet die Volkstunde, während der „Sühnritzmord zu Handshühshelm“, von Ulrich Kienhoff, ein humorvolles Kapitel, ist aus den nachgelassenen Schriften eines Heidelberger Originals. „Steintreuze in der Umgebung von Achern“ erforchte Walter Zimmermann und erläutert sie auch an Hand eines Lageplans und einer Reihe schöner Federzeichnungen. Vergessen wir aber über den Steintreuze die Bildstöcke nicht!

Das herrliche keramische Werk eines Künstlers von Rang, der „Dien Hans Kraus“, der leider nicht mehr in einem Bürgerhaus zu Engen steht, kam durch Verkauf erst nach Willingen, dann nach Paris, und dann endgültig in das Victoria- und Albert-Museum nach London. Professor A. Kornbas, der leider inzwischen heimgegangene badische Keramiker, würdigt dieses Meisterwerk Hans Kraus, an dem er selbst mit großer Liebe hing. Der folgende Beitrag mit 29 Federzeichnungen des Verfassers entflammt der Feder des Oberprimars Dietrich Bachel. Mit Sorgfalt und Liebe greift er „Alte Handwerkskunst auf dem alten Friedhof zu Freiburg“ auf und ist mit Geschick bemüht, die Gestaltungsmotive und Formgebung alter Schmiedekunst zu erklären. Möge dieser Gymnasiast recht vielen jungen Heimatfreunden als Vorbild durch seine volkstümmerliche Arbeit dienen.

Eine Reihe von Notizen und Mitteilungen enthält das Kapitel „Aus dem ganzen Land“, wofür auch zu lesen ist, daß der Kalendermann, das Kart-Jahrbuch 1933 sich demnach auf den Weg durchs ganze Land macht. Familienkundliche Fragen und ein eindringlicher Hinweis auf die Tätigkeit der Sammelstelle familienkundlicher Nachrichten des Landesvereins Badische Heimat im Generalandesarchiv zu Karlsruhe beschließen die reichhaltige, vielseitige Veröffentlichung, deren Ausgestaltung auch im Äußeren ein gerne gespendetes Lob verdient. Und jetzt, lieber Landsmann, befinne dich nicht länger, greif zu! Es ist eine Ehrenpflicht, an den Zielen der „Badischen Heimat“ mitzuarbeiten und teilzugeben.

Museum für Natur- und Völkerverkunde in Mannheim. Der Stadtrat Mannheim nahm davon Kenntnis, daß der Oberbürgermeister dem Custos der Städtischen Kunsthalle, Dr. Strüßling, die provisorische Leitung des städtischen Museums für Natur- und Völkerverkunde, bis auf weiteres übertragen hat. Dr. Strüßling hat vor allem für die Sicherung der wertvollen Museumsgegenstände und für die beschleunigte Fortführung der Inventarisierungsarbeiten besorgt zu sein.

Wertvolle hausgeschichtliche Entdeckungen bei Heidelberg. Unter Leitung von Bezirksbaurat Koch ist gegenwärtig eine Gruppe von etwa 20 Mann im freiwilligen Arbeitsdienst an der Basilika auf dem Heiligenberg damit beschäftigt, den Ost- und Nordflügel des Klosters freizulegen. Baurat Koch hat festgestellt, daß die Kirche des Stephansklosters, von der bisher so gut wie nichts zu sehen war, im Boden noch ungefähr 3 Meter hoch erhalten ist. Der Stifter des Ende des 11. Jahrhunderts erbauten Klosters liegt vor dem Hauptaltar bestattet. Der ehemalige Klostergarten soll wieder als Terrasse erscheinen.

Das Deckengemälde in der Kastatter Schloßkirche. Wie der mit der Restaurierung des Deckengemäldes der Kastatter Schloßkirche Kunstmaler Wolfberger mitteilt, ist es ihm gelungen, den bisher unbekanntem Meister dieses Kunstwerkes zu entdecken, und zwar durch eine Inschrift über dem Altar auf der linken Seite. Danach handelt es sich um den Künstler Siebeler um die Zeit 1722.

Das neue Heimatmuseum in St. Blasien ist eröffnet worden. Den Hauptteil des Museums lieferte die alte Benediktiner-Abtei. Vorhanden sind u. a. Glasmalereien, Bilder, Fahnen, Waffen usw. aus alter Zeit. Aus dem Schwarzwald sind z. B. intime Szenen der heimatischen Maler Hans Thoma und Winter-haber, sowie Schwarzwald-Hinterglasmalereien.

## Hocheheim und Hohenwald

In wenigen Wochen bringt der Landesverein Badische Heimat sein diesjähriges Jahrbuch „Hocheheim und Hohenwald“ heraus, das überraschend wird durch neue, besonders interessante Forschungsergebnisse über die Salpeterkriege, über den ganzen Hohenwald und über die schmutzigen alten Waldstädte am Hocheheim. Wundervolles Bildmaterial hat der Herausgeber Hermann Eris Basse zusammengetragen, so daß ein umfassendes Bild, Querschnitt und Übersicht zugleich, entsteht von diesem Gau des badischen Landes, der reich ist an Geschichte, Volkstunde und Kunst, an Wirtschaft und Technik, der Wald selbst vor allem an eigenartigen landschaftlichen Schönheiten, die bis heute noch nicht gebührende Würdigung gefunden haben.

Gründung eines Heimatmuseums in Badenweiler. Ein Ausschuß, dem u. a. der Bezirkspfleger für Altertümer und Kunst- und Denkmäler, Dr. Scheffelt, der Verein „Badische Heimat“, Ortsgruppe Badenweiler, Bürgermeister Graf und Hauptlehrer Vertschin angehören, wendet sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit zwecks Gründung eines Heimatmuseums in Badenweiler. Auf diese Weise soll die bestehende kleine Sammlung von altertümlichen Funden, wie sie bei den Römerbädern zu sehen ist, ergänzt werden. In dem Aufruf wurde die Bevölkerung Badenweilers gebeten, die in ihrem Besitz befindlichen altertümlichen Gegenstände dem Museum geschenkt, oder leihweise zu überlassen und die Bestrebungen des Ausschusses finanziell zu unterstützen.

Ein altes Stadtbild erstrahlt wieder. Die Stadtbewohner Eitenheim will die hässliche Schönheit und Eigenart des alten Stadtbildes in den Hauptstraßen wieder erstehen lassen. Namentlich die alten Fachwerkbauten, die dem Eitenheimer Stadtbild ihren besonderen Charakter verleihen, und die alten Kunst- zeugen, wie das in Eichenholz geschnitzte Bild der heiligen Familie am Nachleibischen Hause sollen wieder hergestellt werden.

Badische Heimat in Buenos Aires. Die Ortsgruppe Buenos Aires des Landesvereins Badische Heimat, die außerordentlich rührig ist und vorbildlich für deutsches Wesen und Wirken draußen wirkt, veranstaltete am 21. August 1932 im Hotel Excelsior zu Buenos Aires einen wohl gelungenen heimatischen Unterhaltungsabend, zu Ehren einer Abordnung von Offizieren, Kadetten und Mannschaften des Kreuzers „Mark-rube“, und aus dem ausgezeichneten Fotos, die aufgenommen wurden, läßt sich ohne weiteres erkennen, wie gut es den Seeleuten auf festem Boden und im Kreise unserer Landsleute gefallen hat. Unter den dortigen Mitgliedern ist übrigens ganz Baden vertreten.

Preßer-Ehrung. In Niedheim (Amt Engen), wurde ein Denkmal für den verstorbenen Ratsschreiber und Landwirt Eduard Preßer enthüllt, der als Dichter des Segens bei allen Freunden des Segens noch in lebhafter Erinnerung steht. Architekt Ehrlich, der Aufstos der künstlerische Singen übergab das Denkmal in die Obhut der Stadt. Es handelt sich um einen Stein, der ein Bronze-Relief des verstorbenen Dichters trägt. Bürgermeister Oswald übernahm das Denkmal in die Obhut der Gemeinde. Es wurden dann einige Lieder von Preßer gesungen und Gedichte Preßers vorgetragen, worauf dann der Sohn des verstorbenen Dichters, Fabrikdirektor Preßer, Mainz, Dankesworte für die Ehrung seines toten Vaters sprach.

Theatergemeinde Weinheim und Heidelberger Stadttheater. Die Theatergemeinde Weinheim hat sich aus Kostengründen gezwungen gesehen, in diesem Jahre nicht wieder das Frankfurter Künstlertheater für Rhein und Main zu Gastspielen zu veranstalten. Der Vorstand beschloß vielmehr, gemeinsam mit dem Heidelberger Stadttheater zu arbeiten. Es ist beabsichtigt, monatlich eine Vorstellung des Heidelberger Theaters in Weinheim als Pflichtvorstellung für die Mitglieder abhalten zu lassen. Daneben plant die Theatergemeinde, von Zeit zu Zeit Theaterfahrten zu verbilligten Preisen nach Darmstadt auszuführen.

## Zeitschriftenschau

Zeitwende, Septemberheft (E. G. Beck, München). — Wieder ein vorzügliches Heft der vorzüglichen Zeitschrift. Eröffnet wird es durch einen Aufruf von Geh. Rat Prof. Dr. Hundtorf, „Der Gustaf-Adolf-Verein an der Schwelle seines 2. Jahrhunderts“. Es folgt „Organisation und Methode der Gottlosenbewegung“ von Joh. Müller-Schnefe. Prof. Fichte behandelt „Das amerikanische Kulturproblem“. Math. Simon spricht über „Jeremia, der Prophet“. Dr. Drampier bespricht das Heft mit „Der Südosten im Schicksal Europas“; er sieht die durcheinander gewürfelten verdrängten Massen, die mit scharfem Lineal durchgezogenen Staatsgrenzen und die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten. Der Roman „Galdor im Frühlingstal“ von Kurz erzählt seine Fortsetzung. Alles in allem wieder ein reiches Heft, das Vieles bringt, Jedem etwas bringt.

Belagen & Klafings Monatshefte. Die Aktualität von Belagen & Klafings Monatsheften bezeugt auch das soeben erschienene Oktoberheft dieser trefflich ausgestatteten Zeitschrift. „Ein Amerikaner besucht den Korridor“ und berichtet mit vielen, aus dem Alltag gegriffenen Beispielen, wie es den Deutschen unter der Herrschaft einer pedantischen polnischen Bürokratie ergeht. Neben diesem Beitrag von Professor Dr. O. G. Lessing steht eine nicht minder gegenwartsnahe geschichtliche Studie von Dr. Paul Weiglin über den Tribunen der Freiheit Niemo. Zeitverbunden ist der Roman von Walter Julius Bloem: „Der Mann, der mit dieser Zeit fertig wird.“ Ein gesellschaftliches Bild, wie es nur heute möglich ist, entwirft Fritz Dauffin, vereint mit der Künstlerhand von Professor Arthur Kampf, in seiner Schilderung von Schloß Marquardt. Gleich diesem Beitrag ist mit herrlichen farbigen Bildern geschnitten der Essay von Professor Dr. Willi Andreas: „Romanik in Heidelberg.“ Klauereien und Klagen über Gassen und Frauen, Seeleute und Bild, Novellen und Bücherbesprechungen, reich bebilderte Aufsätze aus den Betrieben der Kunst, des Kunstgewerbes, der Naturwissenschaft, befruchten den Geschmack eines mannigfaltigen und kultivierten Leserkreises.

Druck G. Braun, Karlsruhe